Nr. 115. 48. Jahrgang
Abend-Ausgabe
Montag, 17. März 1919

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ministerpräsident Hirsch über die Berliner Unruhen.

Der Antrag Hoffmann in der preußischen Landesversammlung.

Die heutige Sitzung der preußischen Landesversammlung beginnt mit der Fortsetzung der Debatte über den Antrag Hoffmann um Aufhebung des Belagerungszustandes und des Standrechtes in Berlin. Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Zu dem Antrag liegt ein Zusatzantrag Adolf Hoffmanns vor, der eine sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission fordert. Diese Kommission hat die Aufgabe, die Vorgänge zu untersuchen, die sich auf den Straßen Berlins in den letzten Wochen abgespielt haben.

Der Ministerpräsident **Hirsch** erhält als erster das Wort, um zu den Mitteilungen über die angebliche Erschießung der Polizeibeamten in Lichtenberg Stellung zu nehmen. Er führt dabei etwa folgendes aus: Die Ermittelungen hatten ergeben, daß kein Beamter des Ministeriums des Innern diese Auskunft, wie sie in die Presse gelangt ist, über die Vorgänge in Lichtenberg erteilt hat. Die Nachrichten, die jene Berliner Mittagszeitung, die diese Zahlen zuerst gebracht hat, ebenso wie das Ministerium erhalten haben, stammen vom Kommando der Schutzmannschaft. Diese hatte zwei gleichlautende Meldungen erhalten, eine von der Gardekavallerie-Schützendivision, die kurz nach 10 Uhr vormittags telephonisch mitgeteilt hatte, daß die gesamte Besatzung des Polizeipräsidiums ermordet worden sei und angab, diese Nachricht stamme von einem zweifellos zuverlässigen Augenzeugen; die zweite Meldung stammt von einem Soldaten des Detachements Künzel, der sich auf die Angaben mehrerer Soldaten berief, die den Vorgang als Augenzeugen mitangesehen hatten. Daraufhin hat das Kommando der Schutzmannschaft von den Vorgängen Kenntnis gegeben und deren Veröffentlichung anheimgestellt. Ob das Kommando der Schutzmannschaft bei dem telephonischen Anruf, wie mir ein Redakteur der betreffenden Mittagszeitung mitteilte, hinzugefügt hat, das Ministerium des Innern wünsche die Veröffentlichung, entzieht sich meiner Kenntnis. Feststeht, daß das Ministerium mit der Sache selbst nicht das geringste zu tun hatte. Der Minister geht dann auf die tatsächlichen Vorgänge, soweit sie ihm bekannt geworden sind. Danach sind die Beamten des Polizeipräsidiums von den Spartacisten mit dem Erschießen bedroht worden. In einem Falle ist ein höherer Polizeibeamter nicht weniger als dreimal an die Wand gestellt worden; jedesmal wurde ihm gesagt, jetzt werde er erschossen werden. Die Beamten des Polizeipräsidiums Lichtenberg haben infolge der fortgesetzten Bedrohungen und Mißhandlungen mehr oder minder schwere Nervenerschütterungen erlitten.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Kriegsminister **Oberst Reinhard** über die Vorgänge in Berlin. Er gab zunächst die auf der Regierungsseite gefallenen Mannschaften und Offiziere an. Danach sind bis zum 13. März **20 Offiziere und 18 Mann tot und verwundet.** In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt er sich an Hand von Tatsachen mit den von Spartacisten verübten Grausamkeiten. Die scharfen Maßnahmen seien infolgedessen unbedingt notwendig gewesen. Der Kriegsminister schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Ordnung und Ruhe. Nur zur Aufrechterhaltung derselben werden Regierung und Behörden zu scharfen Maßnahmen veranlaßt.

Der Abgeordnete Adolf Hoffmann unterbrach die Rede des Kriegsministers durch Zwischenrufe, die aber von der Mehrheit des Hauses entschieden mißbilligt wurden.

Der Reformplan für Oberschlesien.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Max Brahn.

Kattowitz, im März.

Das bisherige preußische Regiment hatte sicherlich keine große Anlage, Völker für sich zu gewinnen. Bismarcks Genialität in der Behandlung der äußeren politischen Fragen wird niemand leugnen wollen: auf dem Gebiete der inneren Politik hat er wie in so vielen Punkten, besonders auf dem versagt, Völker für uns zu gewinnen, die nicht rein deutsch waren. Hier war er nicht imstande, den geistigen feineren Regungen nachzugehen, hier zeigte sich daher auch in seinem Handeln ein dauerndes Schwanken, das so sehr seinem Handeln in der äußeren Politik widerspricht. Er glaubte, durch Anordnungen und Gewaltmaßregeln wie erst die katholische Kirche, dann die Sozialisten, so auch die Polen bezwingen zu können. Wir sind elend damit gescheitert, und jedem, der nicht mit Leidenschaft, sondern mit Vernunft sich die Dinge aus der Nähe angesehen hat, war es nicht zweifelhaft, daß es so kommen mußte.

Heute haben wir an seinem Erbe schwer zu tragen. Das Mißtrauen der fremdsprachigen Bevölkerung ist durch diese jahrzehntelange Behandlung so groß geworden, daß es schwer ist, ihr klarzumachen, daß die alte Herrschaft vollständig beendet ist, und daß eine völlige Erneuerung in Gesinnung und Handlungsweise der Deutschen sich vollzogen hat. Die Regierung ist eine andere, und der Landtag ist nicht mehr der Dreiklassenlandtag, nach dessen Pfeife die alte Regierung getanzt hat. Die Konservativen haben einst alle die aufreizenden Gesetze gemacht, und die heutige Mehrheit hat stets dagegen gestimmt. Daher wird die Bevölkerung der gemischtsprachlichen Gebiete sich ganz anders dem jetzigen Deutschland gegenüberstellen als dem früheren, sobald nur die jetzige Macht die richtigen Folgerungen aus ihrer innersten Gesinnung zieht.

Dazu gehört in erster Reihe, daß man niemand unterdrücken darf und daß jeder ein gleiches volles Recht auf seine Eigenart und auf die Betätigung seiner Gesinnung hat. Daher hat sich die preußische Regierung schon in den wenigen Wochen, die sie jetzt an der Spitze steht, entschlossen, zunächst alle Ausnahmegesetze aufzuheben. Es gibt ja kaum etwas, das so sehr beweist, wie wenig aus der Geschichte gelernt wird, als daß es noch Regierungen gibt, die Ausnahmegesetze machen. Zu den wenigen Dingen, die man wirklich aus der Geschichte lernen kann, gehört doch, daß jedes Ausnahmegesetz auf die Dauer unheilvoll gewesen ist, ob es nun Jesuitengesetz, Sozialistengesetz oder polnisches Enteignungsgesetz heißt.

Dann hat die preußische Regierung den weiteren demokratischen Grundsatz durchgeführt, daß der einzelne volle Freiheit jeder Betätigung hat, durch die er andere nicht schädigt. Worin aber kann die Schädigung anderer liegen, wenn jemand polnisch unterrichtet wird und polnisch spricht? Solange er imstande ist, sich, wenn es sein muß, mit den übrigen Gliedern des Volkes in einer Sprache zu verständigen, hat er sonst das Recht, zu sprechen, wie er mag. Daher steht eine Verordnung der preußischen Regierung bevor, wonach die polnische Sprache als völlig gleichberechtigt anerkannt wird. Die praktische Durchführung wird natürlich mancherlei Schwierigkeiten haben, und es wird Zeit erfordern, die nötige Anzahl zweisprachiger Beamten zu schaffen. Aber das wird eine Bevölkerung, die den guten Willen sieht, gern eine Zeitlang ertragen.

Die notwendige Folge daraus ist, daß, wo die Bevölkerung in ihrer Majorität es wünscht, polnische Schulen eingerichtet werden, in denen natürlich auch Deutsch so weit gelehrt wird daß ein jeder es genügend sprechen kann. Sonst aber sieht man nicht den geringsten Grund dagegen, den gesamten Unterricht auch in polnischer Sprache zu erteilen. Es liegt im Interesse beider Teile der Bevölkerung, auch in den deutschen Schulen das Polnische auf die gleiche Höhe zu bringen, wie in den polnischen das Deutsche. Bis in die achtziger Jahre hinein wurde in vielen Gymnasien Oberschlesiens Polnisch gelehrt, ohne daß irgendein Schaden entstanden ist. Das wird zum Nutzen beider Teile wieder eingeführt werden. So wird eine Gesinnung des Vertrauens sich durchsetzen, die sicherlich zur Versöhnung ganz anders beitragen wird als die Zwangsmaßregeln der Germanisierung.

Wenn auf allen Gebieten und auf allen Stufen der Schule das Polnische durchgeführt sein wird, dann werden sich auch für den ganzen Beamtenapparat die nötigen Männer finden — und die Regierung wird sie auch gern anstellen —, die beide Sprachen beherrschen. Bisher war der Zustand ein ganz abnormer und auf die Dauer gar nicht erträglicher. Der Regierungsapparat wurde grundsätzlich nach einer aus dem Jahre 1886 stammenden Bestimmung nur von rein Deutschen gehandhabt, und diese waren zum großen Teil Protestanten, obgleich Oberschlesien zu fast 90 Prozent katholisch ist. So standen oben auf steiler Höhe einige deutschprotestantische Männer, die der großen Masse da unten zuriefen, was sie zu tun habe; die Masse aber verstand es nicht recht, und die Regierenden wiederum konnten die feineren Gefühle und Wünsche der Masse nur grob oder gar nicht verstehen. Das ist in einem Volksstaat, in dem sich das Volk seine Regierung selbst wählt, ein Unding; hier fallen an sich die schroffen Schranken zwischen Herrschern und Beherrschten. Aber auch jetzt schon will die Regierung feierlich zusagen, sofort die maßgebende Behörde in Oppeln so zu besetzen

Die Bildung des preußischen Ministeriums.

Mit oder ohne Zentrum?

Die Beratungen über die Bildung des preußischen Ministeriums machen nur sehr langsame Fortschritte. Wie vorherzusehen war, bereitet die Frage, ob das Zentrum sich an der Regierung beteiligen solle und wolle, große Schwierigkeiten. Das Zentrum will nur in die Regierung eintreten, wenn Kirche und Volksschule unangetastet bleiben. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß besonders die Anpassung der Volksschule an den Geist einer neuen Zeit für jeden Vertreter demokratischer Ideen eine Forderung ist, auf die nicht Verzicht geleistet werden kann, und diese Verschiedenheit der Auffassungen steht einer Lösung der preußischen Regierungsfrage im Wege. Wir nähern uns aber dem Augenblick, wo in Versailles die Friedensverhandlungen beginnen sollen. Das Problem der Rheinlande wird dabei eine große Rolle spielen. Auch diejenigen, die in allen Schul- und Kulturfragen im schroffen Gegensatz zu dem Zentrum stehen oder auch sonst von der Zentrumspolitik sich weit entfernt fühlen, können nicht verkennen, daß es wichtig wäre, in dieser Zeit das Zentrum, dessen Einfluß in den Rheinlanden ja andauernd sehr stark ist, an der Regierung beteiligt zu sehen. Auch solche Erwägungen können indessen nicht zu einer dauernden Preisgabe dringender Reformwünsche, sondern nur zu gewissen Zuständnissen führen, und man muß erwarten, daß das Zentrum über die Bedeutung der Stunde erkennen und seine Politik danach richten wird.

Die praktischen Wirkungen des Lebensmittelabkommens.

Ueber die Wirkungen, die das zwischen Deutschland und der Entente geschlossene Lebensmittelabkommen auf die Versorgung Deutschlands in der nächsten Zukunft ausüben wird, werden den P. P. N. an zuständiger Stelle folgende Angaben gemacht: Ueber diese Wirkungen kann eine Uebersicht, die auf Sicherheit Anspruch machen könnte, im Augenblick noch nicht gegeben werden. Garantiert hat die Entente nur die erste Sendung von 270 000 Tonnen Getreide sowie Sendungen an Konserven und kondensierter Milch. Die erste garantierte Getreidesendung setzt das Reichsernährungsamt keineswegs zu Mehrleistungen in Stand. Die Brotrationen werden, selbst wenn die 270 000 Tonnen Getreide in Deutschland angelangt sind, die gleichen bleiben wie bisher, da diese Sendung nur dazu dienen kann, die weitere Lieferung der bisherigen Brotrationen sicherzustellen. Denn ohne diese garantierte Getreidezufuhr hätten unsere Brotrationen zweifellos schon in nächster Zeit heruntergesetzt werden müssen. Ob später die Rationen erhöht werden können, wird davon abhängen, wie sich die weitere Einfuhr abwickeln wird. Diese Sache liegt nämlich so, daß nur die erste Sendung von der Entente garantiert ist. Für die weiteren Sendungen ist uns keine Garantie geleistet, sondern nur das Einfuhrrecht erteilt. Diese weitere Einführung ist an verschiedene Voraussetzungen geknüpft. Wir bekommen diese Sendungen nur, wenn wir die zur Einfuhr zugelassenen Quantitäten im feindlichen oder neutralen Ausland kaufen können, wenn wir zu bezahlen in der Lage sind und wenn wir die nötige Tonnage haben, die die Einfuhren bewerkstelligen können.

Gelingt es uns, alle diese Voraussetzungen zu erfüllen, dann wird sich später allerdings unsere Versorgung, insbesondere in Brot, Fleisch und Fett günstiger gestalten. Da aber die Erfüllung dieser an die weitere Einfuhr geknüpften Voraussetzungen manche Schwierigkeiten hat, so wird man gut tun, sich vorläufig vor übertriebenem Optimismus zu hüten. (Vergl. Seite 2.)

General Hoffmann über die bolschewistische Gefahr.

Für gemeinsame Bekämpfung an Seite der Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

w. Genf, 17. März.

Dem Bureau „Europa Preß" wird aus London indirekt gemeldet: Ein Vertreter des „Daily Expreß" hatte eine Unterredung mit dem General Hoffmann, dem jetzigen Generalstabschef Hindenburgs. Aus der Unterredung ist die Aeußerung Hoffmanns hervorzuheben, daß der Bolschewismus der beste Verbündete der Entente gewesen sei. Ohne ihn hätte die Entente nie den Krieg gewonnen. (? D. Red.) Der Bolschewismus könne nur mit Waffengewalt vernichtet werden. Dazu sei aber ein **starkes Ententeheer notwendig, das Seite an Seite mit der deutschen Armee gegen die russischen Bolschewisten kämpfen** müsse. Dies müsse schnell geschehen, bevor es zu spät sei. Auch in Frankreich und England gäbe es mehr russische Agenten als man glaube.

Ankunft von 2000 Orientkämpfern in Wilhelmshaven.

(Privat-Telegramm.)

ss. Wilhelmshaven, 17. März.

„Etha Rickmers" mit 2000 Mann deutschen Orientkämpfern an Bord hat heute morgen wohlbehalten Wilhelmshaven erreicht. Offiziere und Mannschaften in vorzüglicher Disziplin und in bester Stimmung. Die Reise ist ohne jeden Unfall verlaufen. Der Gesundheitszustand ist ausgezeichnet.

In Wilhelmshaven sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Entlassung und Abbeförderung aller in Frage kommenden Offiziere und Mannschaften in kürzester Zeit durchzuführen. Während des Aufenthalts in Malta durfte kein Offizier oder Mann das Land betreten. Am 15. Februar wurde General **v. Liman durch einen englischen Offizier an Land geholt und ist seitdem nicht zurückgekommen.** Auf dem Schiff ist der Grund für die Ausschiffung des Generals nicht bekannt; gerüchtweise verlautet, er solle wegen der armenischen Angelegenheiten vor einen interalliierten Gerichtshof gestellt werden. Sollte das Tatsache sein, so dürfte wohl in kürzester Zeit endlich wenigstens klar erwiesen sein, daß kein Deutscher jemals mit diesen rein innertürkischen Angelegenheiten in Verbindung gebracht werden kann und daß dem Sieger von Gallipoli selbst der Haß der Entente seinen Ruhm nicht schmälern kann.

Ludloff, Major im Generalstabe.

W. T. B. gibt bekannt: Die deutsche Regierung hat beschlossen, die im Jahre 1901 von Peking nach Deutschland übergeführten astronomischen Instrumente an China zurückzugeben. Die Verschiffung der Instrumente nach China ist in die Wege geleitet.